



Bezirk
Frankfurt

metallnachrichten

Metall- und Elektroindustrie Rheinland-Pfalz

März 2006



Am 10. März vor dem Verhandlungslokal bei zweiter Runde in Darmstadt: Metalller rühren die Trommel für ihre Forderungen

Arbeitgeber kündigen weiter Blockade an

Wir müssen auf die Pauke hauen!

→ → → → → → → → Warum? Wann? Wo? → → →

Noch immer kein Angebot

Was sich bereits in der zweiten Runde abzeichnete, hat Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser am 15. März bestätigt: Auch in der dritten Runde am 27. März soll es kein Angebot geben.

Eigentlich ist die Zeit bis Ende der Friedenspflicht dafür da, eine Lösung zu suchen. Die Arbeitgeber haben in den bisherigen Verhandlungen aber nichts dafür getan. Im Gegenteil: Sie haben die Lösungssuche blockiert. „Wir geben nichts“ und dreimal Nein zu unseren Forderungen waren ihre Antworten in Runde 1.

In Runde 2 haben sie das bekräftigt. Aber nicht nur das: Sie

haben Gegenforderungen draufgesetzt (siehe unten) und eine zweijährige Laufzeit verlangt. Ein Angebot wollen sie erst machen, wenn hierüber verhandelt worden ist. Kannegiesser in einer Pressekonferenz am 15. März wörtlich: „Wir müssen in der dritten Verhandlungsrunde zunächst weitere Klarheit über diese Fragen gewinnen und wollen nicht mit einer Lohnzahl jonglieren.“

Als „Flucht in Verweigerungshaltung“ hat der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, diese Blockade kritisiert. „Die Jammerei ist peinlich“, hat er die Klagen der Arbeitgeber über angeblich zu hohe Arbeitskosten zurückgewiesen.

Auf nach Frankenthal

Auf die Blockade der Arbeitgeber kann es nur eine Antwort geben: Druck aus den Betrieben. Dafür mobilisieren wir am Dienstag, 21. März, in Frankenthal.

Wer darauf wartet, dass die Arbeitgeber vor Ablauf der Friedenspflicht ein verhandelbares Angebot vorlegen, wartet vergebens. Sie wollen die Kraftprobe. Also müssen wir sie mit unserer Kraft überzeugen.

Den Auftakt zu dieser „Überzeugungsarbeit“ machen wir in Rheinland-Pfalz am 21. März, genau eine Woche vor Ende der Friedenspflicht.

„Jetzt geht's los!“ Unter diesem Motto soll an diesem Dienstag

das CongressForum in Frankenthal öffentlich wahrnehmbar werden. Hauptredner sind der Zweite Vorsitzende unserer IG Metall, Berthold Huber, und unser Bezirksleiter Armin Schild. Daneben berichten Kolleginnen und Kollegen über die Stimmung in „ihren“ Betrieben.

Ihr, Metallerinnen und Metaller aus Rheinland-Pfalz, seid aufgerufen, das Forum ab 17 Uhr zum Beben zu bringen.

Wir müssen den Arbeitgebern und der Öffentlichkeit in großer Zahl deutlich machen: Wir lassen uns nicht länger hinhalten und provozieren. Ab Ende der Friedenspflicht, ab 29. März, null Uhr, gibt es Warnstreiks, dass es kracht.

Wir sollen Geld und Arbeitszeit hergeben

Zu unseren Forderungen gibt's von den Arbeitgebern nicht nur kein Angebot. Sie stellen auch noch unverschämte Gegenforderungen.

Zwei Jahre Laufzeit: Die Arbeitgeber wollen nichts geben, machen kein Angebot, stellen Gegenforderungen. Dafür wollen sie zwei Jahre Laufzeit. Unverschämter geht's kaum.

Beschäftigte sollen Neueinstellungen bezahlen: Gesamtmetall-Chef Kannegiesser hat „angeboten“, den Beschäftigungsaufbau in den Unternehmen „durch Erleichterungen bei der Arbeitszeit“ zu „fördern“. „Pro Prozent mehr Beschäftigung ein Plus von zehn Minuten pro Woche für die Beschäftigten“, hat der Arbeitgeber-Vor-

sitzende von Südwestmetall, Otmar Zwiebelhofer, präzisiert. Richtig ist: Längere Arbeitszeit würde Arbeitsplätze vernichten statt schaffen. Sie würde die Zahl möglicher Neueinstellungen verringern. Die Arbeitgeber wollen sich dann noch erforderliche Neueinstellungen von den Beschäftigten bezahlen lassen.

Betriebliche Komponente: Die Arbeitgeber wollen, dass die Betriebe abhängig von ihrer konjunkturellen Entwicklung tarifliche Leistungen kürzen können. Sie sollen das ohne die Tarifparteien regeln können. Ein Versuch, durch die Hintertür Betriebsräte und Belegschaften erpressbar zu machen. Wir sagen: Die Menschen haben nicht einen Wahlsieg von Union und FDP verhindert, um sich von den Ar-

beitgebern den Schutz der Tarifverträge kaputtmachen zu lassen.

Extra-Tarifvertrag für produktionsferne Bereiche: Beschäftigte im Versand, in Buchhaltung, Instandhaltung, Werkslogistik etc. sollen weniger verdienen und länger arbeiten. Das soll ein Extra-Vertrag regeln. Er würde die Belegschaften spalten und betriebliche Konflikte schüren. Denn was ist produktionsfern und was nicht? Außerdem: ERA regelt, dass ausschließlich nach Anforderung eingruppiert wird. Das reicht.

Reallohnverlust: Erst wenn über diese Punkte Klarheit herrsche, könne man über eine Tarifierhebung in Höhe des Produktivitätsfortschritts reden. Den be-



Richtige Frage: Doch die Arbeitgeber wollen nichts geben

ziffern die Arbeitgeber mit maximal 1,2 Prozent. Und das ist ihre dickste Unverschämtheit: Höchstens 1,2 Prozent, die sie Euch vorher an anderer Stelle aus der Tasche ziehen wollen. Gründe genug, ihnen Druck zu machen.